BREMISCHE BÜRGERSCHAFT Drucksache 19/796 S
Stadtbürgerschaft 12. Juni 2018
19. Wahlperiode

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Erzieherinnen/Erzieher verzweifelt gesucht - Fachkräfte sichern, Attraktivität steigern - Arbeitsbedingungen jetzt verbessern

Pädagogische Fachkräfte werden bundesweit händeringend verzweifelt gesucht. Auch in Bremen können zunehmend Erzieher*innenstellen nicht besetzt werden. Die Folgen sind eklatant. Notdienste schränken den Rechtsanspruch und die Verlässlichkeit für Eltern und Kinder ein. Dünner werdende Personaldecken müssen durch die verbleibenden Fachkräfte aufgefangen werden - diese Mehrbelastung wird früher oder später zu weiteren Ausfällen führen. Zudem gefährdet der Fachkräftemangel den Kita-Ausbau, partiell konnten bereits fertiggestellte Gruppen nicht eröffnet werden, weil das Personal dafür fehlte.

Neben den begrüßenswerten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Gewinnung zukünftiger Fachkräfte sind daher Maßnahmen nötig, die dem akuten Fachkräftemangel kurzfristig entgegenwirken.

Die bisherigen Maßnahmen und Debatten wie die Aufnahme der 3.- und 4.-Quartalskinder in Elementargruppen oder die Gruppenvergrößerung auf 21 Kinder haben die Attraktivität einer Beschäftigung in Bremen für arbeitssuchende Erzieher*innen nicht gerade gesteigert. Hinzu kommen die enormen pädagogischen Herausforderungen in Bremen, die mit dem hohen Anteil an Kinderarmut sowie therapeutischen oder sprachlichen Förderbedarfen einhergehen.

Die steigenden Anforderungen an die Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung, wie zunehmende Vernetzung im Stadtteil mit weiteren Bildungseinrichtungen oder sozialen Institutionen, Elternarbeit, Dokumentation etc., müssen angemessen anerkannt werden.

Perspektivisch sind zusätzliche Personalbedarfe zu erwarten durch erforderliche Qualitätssteigerungen im Elementarbereich (Fachkraft-Kind-Relation) sowie durch den auf Bundesebene angestrebten Rechtsanspruch auf Grundschulkinderbetreuung.

Eine Attraktivitätssteigerung der Erzieher*innentätigkeit in Bremen ist unumgänglich, um dem akuten und mittelfristigen Fachkräftemangel zu begegnen. Die Arbeitsbedingungen müssen daher auch monetär verbessert werden, durch die Anerkennung der Erziehungs- und Bildungsarbeit in Form einer Höhergruppierung, wie dies andere Kommunen vorgemacht haben.

Mittelfristig unverzichtbar sind aber auch Maßnahmen wie beispielsweise verstärkter Gesundheitsschutz u.a. durch Pausenräume, eine Sanierung der Bestandsgebäude oder eine Verbesserung von Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge daher beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf, für die städtischen Kitas eine Höhergruppierung aller Erzieherinnen und Erzieher in Tarifgruppe SuE 8b vorzunehmen. Den Freien Trägern inklusive Elternvereinen soll die Höhergruppierung entsprechend refinanziert werden.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf, zusätzlich ein Zeit-Maßnahmen-Paket zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu

schnüren. Dieses soll u.a. ein Sanierungsprogramm für Bestandsgebäude, Gesundheitsschutz oder Aufstiegsmöglichkeiten beinhalten.

3. Das in Punkt 2 enthaltene Zeit-Maßnahmen-Paket sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen sollen der Deputation für Kinder und Bildung bis Ende 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE